

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 25. Februar 2013

Verfasser: Christoph Ziegler

### **Unterstützung für die fünfte Bauetappe der Universität Zürich-Irchel (Andreas Erdin)**

Für die Erstellung der fünften Bauetappe, Neubauten für die Institute der Chemie, soll ein Objektkredit von 195 Millionen Franken bewilligt werden. Die Notwendigkeit einer Investition für neue Laborgebäude ist unbestritten. Über den Ausbaustandard, beziehungsweise die Kosten, gehen die Meinungen auseinander. Es liegt ein Kürzungsantrag der SVP von 20 Millionen und der FDP/CVP von 10 Millionen vor. Wir wollen aber bei diesem Bau nicht knausern, wichtige Bauten (dazu gehören unbestrittenermassen diese Laborgebäude) sollen unserer Meinung nach gut gemacht werden. Auch sind wir nicht davon überzeugt, dass mit einer genaueren Kostenschätzung das Projekt günstiger gebaut werden könnte. Vielmehr soll der Bau nicht verzögert, sondern nun endlich an die Hand genommen werden. Wissenschaft und Forschung sollen gefördert werden. Mit 117 Stimmen wird der Kredit bewilligt.

### **Berufsbildung**

Die Berufsberatung soll aus dem Jugendhilfegesetz gestrichen werden. Gleichzeitig soll die Berufsberatung dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) unterstellt werden. Auf diese Vorlage treten wir mit der Mehrheit des Rates nicht ein.

### **Beiträge an Sonderschulung (Andreas Erdin)**

Die Grünliberalen begrüssen es, dass die Gemeinden die finanziellen Mittel, die sie bisher den Sonderschulen ausgerichtet haben, neu in ihrer Regelschule für die Unterstützung von SchülerInnen einsetzen können. Die Finanzierung ist nun klar geregelt und für die Gemeinden herrscht endlich Klarheit. Auch sind wir befriedigt, dass die Schulpsychologie nicht kantonalisiert wird. Eine starre Sonderschulquote, wie sie die FDP fordert, lehnen wir zusammen mit der Ratsmehrheit ab.

### **Keine staatlich verordneten Vorbereitungskurse für die Mittelschule (Andreas Erdin)**

Die Volksschule soll, wenn es nach dieser Vorlage geht, in der 6. Klasse der Primarschule und in der 2. Klasse der Oberstufe bei Bedarf Vorbereitungskurse fürs Gymi anbieten (2 Lektionen im 1. Semester). Wer aber nur dank dieser teuren Vorkurse ans Gymi kommt, ist dort oft fehl am Platz. Wir sind überzeugt davon, dass es die fähigen Schülerinnen und Schüler auch mit den vorhandenen Vorbereitungsmöglichkeiten an die Mittelschule schaffen. Für die anderen steht ein vorzügliches Berufsbildungssystem bereit. Chancengleichheit kann auch durch diese Forderung nicht geschaffen werden, erhalten doch nicht alle Kinder den gleichen Unterricht und auch die Notengebung an den einzelnen Schulen ist unterschiedlich. Es besteht auch die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler (mit reichen oder sehr ehrgeizigen Eltern) neben diesen Vorbereitungskursen weiterhin private Kurse besuchen und so zusätzlich gepusht würden.

Die Grünliberalen und die Mehrheit des Rates treten auf diese Vorlage nicht ein.

### **Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (Jörg Mäder)**

Diese Volksinitiative möchte es den Gemeinden erlauben, den AusländerInnen das Stimmrecht sowie das passive und aktive Wahlrecht zu erteilen, wenn sich diese mindestens während 10 Jahren in der Schweiz aufgehalten haben.

Der Vorschlag stärkt die Gemeindeautonomie. Auch ist er relativ moderat ausgestaltet, da zum Beispiel die Bedingungen ungefähr den Voraussetzungen für eine Einbürgerung entsprechen. Das Stimmrecht ist nur auf kommunale Sachverhalte beschränkt. Die Schweizer Stimmbürger der einzelnen Gemeinden sollen deshalb darüber befinden können, ob sie

«ihren» Ausländerinnen und Ausländern das Stimm- und Wahlrecht auf gemeindeinterner Ebene gewähren wollen.

Föderalismus und Subsidiarität sind für uns Grünliberale keine Fremdwörter, sondern sie werden von uns gelebt. Deshalb unterstützen wir die Initiative. Die Initiative wird mit 93 zu 68 Stimmen vom Rat abgelehnt.

#### **Information der Wählerschaft bei Verhältniswahlen (Jörg Mäder)**

Müssen die Gemeinden die Wähler mit je einem Flugblatt pro Partei/Organisation beliefern wie es die EI will, oder muss bei Bedarf mindestens ein gemeinsamer Versand organisiert werden? Die GLP ist der Meinung, dass dieses Anliegen auf Bezirksstufe geregelt werden sollte. So sind individuelle Lösungen möglich.

#### **Kinder- und Jugendmedienschutz**

Um den Entwicklungen im Medienbereich in den letzten Jahrzehnten Rechnung tragen zu können, ist es angezeigt, das Filmgesetz zu revidieren, sodass es neben den öffentlichen Filmvorführungen auch die neuen Medien erfasst. Ziel des Regierungsrats ist es, das revidierte Filmgesetz noch in der laufenden Legislatur zu verabschieden. Das Postulat wird beschrieben.

#### **Statistik über Rückfallquoten von Jugendstraftätern**

Im Bericht des Regierungsrates zu diesem Postulat wird das Projekt KORJUS vorgestellt. Es geht dabei darum, bestimmte Kompetenzen zu fördern, damit Jugendliche nicht mehr delinquieren. Es wird daran gearbeitet, die Konsistenz der Daten zu verbessern, so dass die Wirksamkeit der Massnahmen geprüft werden kann.

Der Regierungsrat wird über das Engagement informieren. Das Postulat wird beschrieben.

#### **Unterliegende Baurekurrenten sollen nicht in jedem Fall zur Kasse gebeten werden (Andreas Hasler)**

Rekurrenten, die böswillige Einsprachen machen, sollen nach Unterliegen in einem Prozess zur vollen Entschädigung der Gegenpartei verpflichtet werden. Die Annahme der Motion würde aber ungleiche Voraussetzungen zwischen verschiedenen Rechtsgebieten schaffen, da sie nur bei Baufragen gelten soll. Schon heute kann ausserdem eine volle Entschädigung der Gegenpartei angeordnet werden. Die Motion schränkt also die Handlungsfreiheit des Gerichts im Einzelfall ein, was wir Grünliberalen als unnötig erachten. Ausserdem ist es auch nicht immer eindeutig, wann ein Baurekurs böswillig ist. Die Motion wird ganz knapp abgelehnt.